



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11
Dienstag, 1. September 2009
18:03 - 20:46 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 10.09.08

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Andres Bächtold Fabian Käslin Urs Tanner	SP JFSH SP
Schluss der Sitzung:	Katrin Hauser-Lauber	FDP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	Seite 343
2	VdSR KSS-Sanierung der Eisportanlagen	Seite 345
3	Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?	Seite 355

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat Rückweisung an den Stadtrat gemäss Ratssitzung vom 30.06.09	
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	GPK
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
24.03.09	VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnützungsübertragungen und Parzellierungen	FK
23.03.09	Postulat von Till Hardmeier (JFSH): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH	
24.03.09	Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur	
31.03.09	Postulat von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen	
05.05.09	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabep Praxis	
19.05.09	Postulat von Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig (JSVP), Simon Stocker (AL): Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen!	
19.05.09	VdSR Gestaltung Rheinufer	FK
28.05.09	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption	
16.06.09	VdSR Konjunkturprogramm 09 zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft	GPK
11.08.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Granatenbaumgut“, Grubenstrasse 91, im Baurecht	GPK
11.08.09	Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen	

2009 Kleine Anfragen:

11	Till Hardmeier (JFSH)	Ungenügend genutzte Gebäude der Stadt	29.06.09
12	Till Hardmeier (JFSH)	Pendleranliegen – interveniert der Stadtrat genug bei der SBB?	18.08.09

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 19. Mai 2009 und die Anträge der GPK vom 2. Juli 2009 einstimmig wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 19. Mai 2009 und von den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission vom 2. Juli 2009.
2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
 - Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
 - Edgar Zehnder betreffend Straffung der Wahltermine (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Totalrevision der Stadtverfassung (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
3. Abzuschreiben sind die Motionen:
 - Bruno Merlo betreffend Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV
 - Roland Schöttle betreffend Neunützung Militärunterkunft Breite
 - Roland Schöttle betreffend Städtische Fahrzeuge mit Erdgasantrieb
4. Über die Abschreibung der Motion Marlies Besio, Alfons Cadario, Iren Eichenberger, Edgar Mittler, Rebekka Plüss und Urs Tanner betreffend attraktives Rheinufer wird im Rahmen der Vorlage „Gestaltung Rheinufer“ vom 19. Mai 2009 entschieden.
5. Das Postulat Martin Egger, „EURO 08 – eine Chance für die Stadt Schaffhausen“ wird abgeschrieben.

Traktandum 2 **VdSR KSS – Sanierung der Eissportanlagen**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 9. Juni 2009 sowie die von der Fachkommission beantragten Änderungen mit 28 : 0 Stimmen wie folgt gut:

1. Für die Erneuerung der Eissportanlagen KSS gemäss der Vorlage des Stadtrates an den Grossen Stadtrat vom 9. Juni 2009 wird ein Beitrag an die KSS in Form von Zeichnung von zusätzlichen Anteilscheinen von Fr. 10'030'000.-- (Stand Zürcher Baukostenindex, 1. April 2009, 110.9 Punkte

entsprechend Fr. 9'605'500.--, Zürcher Baukostenindex, Stand 1. April 2007, 106,2 Pkt.) bewilligt.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Abschreibung des zusätzlichen Genossenschaftskapitals auf 20 Jahre.
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Kredit von Fr. 400'000.--, damit die Baueingabe sowie die Vorbereitungsarbeiten für die Ausführung im 3. Quartal 2009 in Angriff genommen werden können.
4. Der Grosse Stadtrat bewilligt in seiner Kompetenz einen Kredit von Fr. 580'000.-- für die aufgrund der Sicherheitsbestimmungen gebundenen Ausgaben für die Erneuerung der Trafostation sowie die Sanierung des Kollektorenkanals.
5. Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses unterstehen nach Art. 10 lit. d der Stadtverfassung der Volksabstimmung.
6. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. d dem fakultativen Referendum.

Traktandum 3 Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?

Die Interpellation wird von Lotti Winzeler (OeBS) begründet, von SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die elfte Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Kämpfer und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

Vergangenen Samstag, am 29. August 2009, hat das Ratsmitglied Marianne Schwyn (SP) geheiratet, ihr Familienname lautet nun Streicher. Am 27. Oktober 2009 wird eine Doppelsitzung mit Beginn um 16 Uhr, stattfinden; von 18 Uhr bis 19 Uhr findet eine Pause statt.

Die nächste Ratssitzung findet in den Hallen für Neue Kunst statt; um 17 Uhr ist eine kleine Führung durch die Hallen geplant, die Ratssitzung beginnt wie immer pünktlich um 18 Uhr. In den nächsten Tagen werden per Post detaillierte Informationen an die Ratsmitglieder verschickt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Einladung zur Museumsnacht am 19. September 2009
- Synoptische Darstellung der Änderungen der GPK zur Vorlage des Stadtrates vom 21. Oktober 2008 Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für

- Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS), Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung
- Kommissionsvorlage der GPK vom 20.08.09 betreffend Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2010 (VW 2010), Rahmentarifordnung Wasser 2010 (RTOW 2010) sowie die Power point-Präsentation der GPK-Sprecherin Dr. Cornelia Stamm Hurter
 - Provisorische Sitzungsdaten des Grossen Stadtrates und des Büros für das Jahr 2010
 - Einladung für Tagung "Frühe Förderung - Eltern stärken" vom 23.09.09 im Hotel Kronenhof, mit Anmeldetalon. Die Ratspräsidentin empfiehlt den Ratsmitgliedern eine Teilnahme an dieser Veranstaltung.
 - Einladung zum Concerto amicizia, solidarietà e integrazione vom 03.10.09
 - Definitive Rechnung 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
 - Aktualisierte Sitzordnung
 - Kleine Anfrage Nr. 12/2009 von Till Hardmeier (JFSH): Pendleranliegen - interveniert der Stadtrat genug bei der SBB? vom 18.08.09
 - Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 10/2009 von Marianne Schwyn (SP) betreffend Jugendarbeitslosigkeit vom 01.09.09

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

Von der GPK werden verhandlungsbereit gemeldet:

- VdSR vom 21. Oktober 2008 betreffend Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS), Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung
- VdSR vom 21. Oktober 2008 betreffend Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2010 (VW 2010), Rahmentarifordnung Wasser 2010 (RTOW 2010)

Sprecherin der GPK: Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP). Diese beiden Vorlagen werden an der nächsten Ratssitzung als Traktandum 1 und Traktandum 2 behandelt, da sie in einem gewissen Zusammenhang stehen.

Zuweisung VdSR Abgabe der Liegenschaft Granatenbaumgut, Grubenstrasse 91, im Baurecht:

Das Büro schlägt als vorberatende Kommission die GPK vor. Begründung: Dieses Geschäft wurde immer wieder in der GPK behandelt und hat einen finanztechnischen Hintergrund.

Wortmeldungen:

Dr. Raphaël Rohner (FDP) stellt - gemäss bisheriger Zuweisungspraxis - Antrag auf Zuweisung in die per 1. Januar 2009 zur Vorberatung solcher Geschäfte neu gebildete Baufachkommission. Als Begründung beruft er sich auf die in Art. 21 Abs. 2 der GO festgehaltenen Aufgaben der GPK: *Der Geschäftsprüfungskommission stehen zu: nach Vorschrift des Gemeindegesetzes die Prüfung der Voranschläge, der Steuerdekretur, der Jahresrechnungen und der Geschäftsberichte, ferner die Prüfung der weitemer Geschäfte des Gemeindehaushaltes, soweit sie nicht anderen Kommissionen zugewiesen werden oder sofern der Grosse Stadtrat nicht auf die Vorprüfung durch eine Kommission verzichtet.* Es handle sich beim vorliegenden Geschäft nicht um eine Vorlage, die im engeren Sinn zu den erwähnten Geschäften gehört. Auch spiele es keine Rolle, dass die GPK bereits verschiedentlich darüber diskutiert hat, denn die Zusammensetzung der GPK sei zwischenzeitlich verändert worden.

Walter Hotz (FDP) gibt Dr. Raphaël Rohner insofern Recht, dass es sich um ein Baurecht handelt, aber nicht nur; es gehe im Wesentlichen auch um die Anschubfinanzierung von Fr. 200'000.--, eine Idee, die aus der GPK kommt. Die GPK hat an folgenden Sitzungen bereits detailliert über diese Thematik diskutiert und vom leider zu früh verstorbenen Bausekretär, Albert Tanner, aber auch von SR Peter Kämpfer, immer wieder ausführliche Informationen erhalten: Februar 06, November 06, Juni 07, Februar 08 und im August 08. Vor einigen Wochen hat sich der GPK-Präsident mündlich beim Baureferenten nach dem aktuellen Stand der Dinge betreffend Granatenbaumgut erkundigt. Die seit 1. Januar 09 angewandte Zuweisungspraxis und die Aufgabenstellung der GPK waren auch in der GPK thematisiert und diskutiert worden; sie ist zum Schluss gekommen, eine klärende Diskussion darüber zu führen, und zwar gemeinsam mit der Präsidentin des Grossen Stadtrates, den beiden Präsidenten der Fachkommissionen sowie den Fraktionspräsidenten. Walter Hotz als GPK-Präsident hat von den GPK-Mitgliedern den Auftrag erhalten, einen Sitzungstermin zu vereinbaren. Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) wird sich als juristisches Gewissen der GPK auch noch zu diesem Thema äussern.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) bemerkt, dass auch Peter Möller zum "juristischen Gewissen" der GPK gehöre und bezieht sich auf ihre Wortmeldung zum Thema der Zuweisungspraxis anlässlich der Ratssitzung vom 19. Mai 2009. Der von Dr. Raphaël Rohner erwähnte Art. 21 der GO könne unterschiedlich interpretiert werden, siehe auch auf Seite 160 des Ratsprotokolls vom 19. Mai 2009 (Ausführungen von Dr. Cornelia Stamm Hurter). Die von Walter Hotz erwähnte Regelmässigkeit, mit der sich die GPK mit diesem Geschäft beschäftigt hat, ist das wesentlichste Argument für eine Zuweisung in die GPK. Es handle sich im vorliegenden Fall um ein atypisches Baurecht und gewisse Impulse seien von der GPK eingebracht worden. Trotz personeller Veränderungen in der GPK sei die Mehrheit der früheren GPK immer noch in diesem Gremium tätig. Es wäre sachgerecht, wenn sich die GPK als sach- und aktenkundige Kommission auch weiterhin damit beschäftigt. Damit werde kein Präjudiz geschaffen, sondern es sei ein besonderer Fall, der einer besonderen Behandlung bedürfe, auch weil finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen. Die Votantin bittet daher um eine Zuweisung in die GPK.

Josef Eugster (SVP) stellt fest, dass ihm erstmals jemand Arbeit abnehmen wolle und zeigt sich darüber nicht unglücklich, ist aber erstaunt über die Tatsache, dass die Thematik Zuweisung immer wieder zu Diskussionen im Rat führt. Die Baufachkommission sei zurzeit mit verschiedenen vorzubereitenden Vorlagen beschäftigt, und Josef Eugster stimmt der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung in die GPK zu. Der Präsident der Baufachkommission bittet darum, den Termin der gemeinsamen Sitzung möglichst bald anzusetzen, damit klare Richtlinien betreffend Zuweisung der Baurechte geschaffen werden können, die unnötige Diskussionen wie am heutigen Abend in Zukunft verhindern.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Vorschlag des Büros auf Zuweisung der Vorlage in die GPK mit 25 : 5 Stimmen gut.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 10 vom 18. August 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleitisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1 VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate

Peter Möller (SP)**Bericht der GPK**

„Die GPK hat diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 2. Juli 2009 beraten. Ich gehe davon aus, dass Sie die Vorlage des Stadtrates wie auch die GPK-Anträge gelesen haben und beschränke mich in der Folge darauf, sie in aller Kürze über die Behandlung der Vorlage in der GPK zu informieren. Eigentlich wäre diese Vorlage zur Behandlung im abgekürzten Verfahren geeignet gewesen – was wir aber leider verpasst haben.

Bei der Beratung in der GPK gaben eigentlich nur zwei Punkte Anlass zu Diskussionen, weshalb ich auf die übrigen Punkte nicht eingehe.

Bei den aus Sicht der GPK zu besprechenden Punkten ging es einerseits um die Motion Besio, Cadario, Eichenberger, Mittler, Plüss und Tanner betreffend Attraktives Rheinufer. Hier schien der GPK die Formulierung „Abschreibung der Motion im Zusammenhang mit der Vorlage „Attraktivierung Rheinufer“ als nicht ganz richtig, da damit bereits ein Entscheid über die Abschreibung oder Nichtabschreibung getroffen würde, bevor die Vorlage in der Kommission fertig beraten wäre. Die GPK schlägt Ihnen daher hier die Formulierung vor: *„Über die Abschreibung der Motion wird im Rahmen der Vorlage Gestaltung Rheinufer entschieden“*. Somit ist der Rat frei, welchen Entscheid er fällen möchte.

Weiter stellte die GPK fest, dass die Übersicht über die hängigen Motionen und Postulate, Stand 12. Mai 2009, nicht ganz vollständig war. Es fehlte die Motion von Christa Flückiger: Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen, erheblich erklärt am 07.03.06. Hier könnte man sich schon beinahe fragen, ob dies Absicht ist, denn bereits vor zwei Jahren fehlte diese Motion in der Aufstellung. Möglicherweise wurde aber nur eine falsche Vorlage verwendet und überschrieben. Am einfachsten wäre diese Frage ja zu klären, indem möglichst rasch eine Vorlage zur Motion käme. Jedenfalls nahm die GPK das Fehlen der Motion zum Anlass, eine neue Übersicht mit Stichtag 2. Juli 2009 zu erstellen.

Der so angepassten Vorlage hat die GPK sodann mit 4:0 Stimmen, bei drei Abwesenheiten, zugestimmt, und ich bitte Sie im Namen der GPK es ihr gleich zu tun.

Ich möchte Ihnen bei dieser Gelegenheit auch noch die Stellungnahme der **SP/AL-Fraktion** bekannt geben. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr in der Fassung der GPK zustimmen und hoffen, dass der revidierte Fahrplan der Stadtverfassung eingehalten werden kann. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”In der Kürze liegt die Würze: Unsere Fraktion wird auf die Vorlage in der Fassung der GPK vom 2. Juli 09 eintreten und ihr zustimmen. Wir sind insbesondere froh, dass Antrag 4 dahingehend abgeändert wurde, um ein Präjudiz zu verhindern.“

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/JFSH-Fraktion

”Noch kürzer als das juristische Gewissen der GPK kann ich mitteilen, dass unsere Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr in allen Punkten zustimmen wird.“

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Wir treten ein und stimmen zu.“

SR Thomas Feurer

Stellungnahme des Stadtpräsidenten

”Der Stadtrat ist mit allen Punkten einverstanden.“

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1-10 der Vorlage sowie die GPK-Anträge vom 2. Juli 2009 und die angepassten Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen und Postulate vom 19. Mai 2009 und von den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission vom 2. Juli 2009. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

2. Weiterzubehandeln sind die Motionen:

- Dr. Raphaël Rohner betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
- Christian Hablützel betreffend Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hoch radioaktivem Sondermüll in Benken (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
- Edgar Zehnder betreffend Straffung der Wahltermine (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010)
- Dr. Raphaël Rohner betreffend Totalrevision der Stadtverfassung (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2010).

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Abzuschreiben sind die Motionen:

- Bruno Merlo betreffend Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV
- Roland Schöttle betreffend Neunützung Militärunterkunft Breite
- Roland Schöttle betreffend Städtische Fahrzeuge mit Erdgasantrieb

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Über die Abschreibung der Motion Marlies Besio, Alfons Cadario, Iren Eichenberger, Edgar Mittler, Rebekka Plüss und Urs Tanner betreffend attraktives Rheinufer wird im Rahmen der Vorlage „Gestaltung Rheinufer“ vom 19. Mai 2009 entschieden. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

4. Das Postulat Martin Egger, „EURO 08 – eine Chance für die Stadt Schaffhausen“ wird abgeschrieben. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate vom 19. Mai 2009 sowie die GPK-Anträge vom 2. Juli 2009 einstimmig gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR KSS-Sanierung der Eisportanlagen

Daniel Schlatter (SP)

Bericht aus der Fachkommission Bau

„Wir müssen heute über ein Projekt, das für die ganze Region Schaffhausen - ob Alt oder Jung - wichtig ist, befinden. Die Sportanlagen KSS erfreuen sich grosser Popularität, 2008 besuchten 414'568 Besucherinnen und Besucher die Sportanlagen, der Anteil der Besucher aus der Stadt liegt bei rund 40%, aus der Region stammen 60%.

Die Vorlage des Stadtrates vom 9. Juni 09 wurde in zwei Kommissionssitzungen mit Besichtigung am 10. August 09 behandelt; es wurde einstimmig beschlossen, die Vorlage dem Grossen Stadtrat als sehr wichtig und zur Annahme zu empfehlen. Vorab möchte ich Josef Eugster als Kommissionspräsidenten für die kompetente Führung der Sitzungen, dem Stadtrat und den Herren der Verwaltung für die gute und offene Präsentation der Vorlage und Beantwortung unserer Fragen danken.

Bereits 1962 gründeten Initianten aus Wirtschaft und Politik unter dem Vorsitz von SR Martin Keller die Kunsteisbahn- und Schwimmbad-Genossenschaft Schaffhausen (KSS) mit dem Ziel, der Einwohnerschaft Schaffhausen eine zeitgemässe Sportanlage zur Verfügung zu stellen.

Dass die Eisanlage 1965 gebaut und 1986 ein Eisfeld überdacht wurde, ist Ihnen aus der Vorlage des Stadtrates bekannt. Da das Dach als Provisorium für 10 bis 12 Jahre gebaut wurde, muss dies nun dringend ersetzt werden; ebenso entsprechen die Garderoben und die Curlinghalle nicht mehr den heutigen Bedürfnissen.

2006 wurde vom Stadtrat ein Gesamtleistungswettbewerb ausgeschrieben; gefordert wurde, das Eisfeld 60 x 30 m zu belassen, jedoch der Ausbaustandard den Vorgaben des Schweizerischen Eishockeyverbandes für einen 1. Liga-Betrieb anzupassen und 1500 Sitzplätze bereitzustellen.

Aus diesem Wettbewerb wurde im April 2007 das Angebot der Firma HRS Hauser Rutishauser Suter AG, St. Gallen, ausgewählt. Der Stadtrat hat mit der Weiterbearbeitung des Projektes eine kritische Überprüfung sowohl des Raumprogramms als auch der Kosten verlangt; vor der Projektanpassung wurde das Raumprogramm nochmals mit allen involvierten Eissportvereinen diskutiert. Im

Vordergrund stand klar und deutlich das Machbare, nicht das Wünschbare. Das Sanierungsprojekt sieht nach der Überarbeitung vor:

- Beim Eisfeld das Foliendach mit Holzkonstruktion durch eine Gebäudehülle mit Dachbegrünung zu ersetzen, die Garderobeninfrastruktur gesamthaft zu erneuern sowie eine Halle mit 1300 Sitzplätzen auszurüsten.
- Vorteile der neuen Halle: Das Dach wird etwa 4,5 m niedriger als die alte Halle, die Geräusche nach aussen werden damit eingedämmt; mit der Verlegung des Eingangs direkt ab der Breitenaustrasse wird die gewünschte Entflechtung der Betriebsabläufe bei Veranstaltungen für die Spieler und Zuschauer erreicht.
- Die von den Curlingclubs im Baurecht erstellte Halle wurde schon mehrmals baulich angepasst. Die bestehende 3 Rink-Curlinghalle verfügt mangels Lüftungsanlage über eine eher schlechte Eisqualität, die Nebeneinrichtungen wie Garderoben sowie das Clublokal sind räumlich zu knapp bemessen und der Spielbetrieb war zwischen 18.00 und 22.00 Uhr völlig ausgebucht. Dazu kommt, dass die bestehende Rinkbreite nicht den heutigen Normen des Curling-Verbandes entspricht. Daher wurde eine 4 Rink-Halle gefordert, so dass in Zukunft auch wieder neue Mitglieder und Junioren aufgenommen werden können.

Das Restaurant und auch die Garderoben für die freie Eisbahn bleiben. Da auch das Eisfeld in der Halle bleibt, wurde in der Kommission rege über die Lebensdauer der Verrohrung für die Kühlung und das Kältemedium gesprochen. Da die Verrohrung vor rund 20 Jahren erstellt wurde, haben Spezialisten diese geprüft. An den Installationen wird nichts geändert, da man mit einer weiteren Lebensdauer von 18 bis 20 Jahre rechnet. Bei der Sanierung des Kollektorenkanals werden die freien Rohre der Betonplatte nochmals kontrolliert. Da auch die Kühlung mit Ammoniak immer noch zeitgemäss und das Beste ist, was es auf dem Markt gibt, wurde die Zulassung durch das Kantonale Labor abgeklärt. Würde man ein anderes Medium verwenden (CO₂ oder Glykol), bräuchte man mindestens 20% mehr Energie. Aufgrund der Eidgenössischen Störfallverordnung muss die KSS gewisse Massnahmen im Sicherheitskonzept ergreifen.

Mit dieser Vorlage sind auch weitere betriebliche Verbesserungen sowie Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten verbunden.

Die Kosten für die Sanierung der Eissportanlagen wurden von der HRS Hauser Rutishauser Suter AG detailliert ermittelt, Baukostenstand 01. April 2005:

Kostendach gemäss (Totalunternehmer) TU-Ausschreibung März 2007:

- | | |
|-------------------------|-------------------|
| • Vorbereitungsarbeiten | Fr. 465'100.-- |
| • Gebäude | Fr. 11'623'500.-- |
| • Betriebseinrichtungen | Fr. 74'500.-- |
| • Umgebung | Fr. 340'000.-- |
| • Baunebenkosten | Fr. 203'500.-- |
| • Ausstattung | Fr. 418'000.-- |

Total ohne MWSt Fr. 13'125'100.--, mit MWSt Fr. 14'122'600.--

Kostendach nach der Überarbeitung 2009, inklusive MWSt Fr. 13'774'500.--

Notwendig sind im Zusammenhang mit der Sanierung der Eissportanlage:

a) Gebundene Ausgaben

- Erneuerung der Trafostation Fr. 460'000.--
- Sanierung Kollektorenkanal Fr. 120'000.--

b) Kosten im Zusammenhang mit der Sanierung der Eissportanlage

- Anschlussleitungen Heizung, Sanitär, Entwässerung Fr. 86'000.--
- Massnahmen Kältetechnik, Steuerung Fr. 150'000.--
- Reserven Ammoniak/Betonsanierung Fr. 95'000.--

Gesamttotal Vorlage „Sanierung Eissportanlage“ Fr. 14'685'500.--

Abzüglich:

- Vorsteuerabzug Fr. 500'000.--
- Vorfinanzierung + Vorbereitung der Ausführung Fr. 400'000.--
- gebundene Ausgaben Fr. 480'000.--
- Beitrag der Vereinigung der Curlingclubs Fr. 1'000'000.--
- Beitrag der Donatoren KSS Fr. 100'000.--
- Kantonsbeitrag Fr. 2'500.000.--

Dieser liegt zurzeit im Kantonsrat zur Beschlussfassung. Sollte dort ein höherer Betrag beschlossen werden, würde sich der Betrag der Stadt natürlich reduzieren, was der GrSR formell wissen müsste.

Abstimmungs-Nettokredit (Index 01.04.2007): Fr. 9'605'500.--

In der Baufachkommission wurde verlangt, den neusten Teuerungsstand einzusetzen, anpassen der Teuerung auf den 01.04.2009, Kredit neu Fr. 10'030'000.--.

Anlageteile, welche ausserhalb der Gebäudehülle liegen, wurden separat durch die KSS und das Hochbauamt zu Lasten der KSS ermittelt. Bei diesen Anlageteilen handelt es sich um die dringend notwendige Erneuerung der Trafostation und um Sanierungsarbeiten am Kollektorenkanal, Anschlussleitungen Heizung und Sanitär, Massnahmen Kältetechnik und Reserve Ammoniak/Betonsanierung.

Durch die Sanierung der Eissportanlage werden sich Veränderungen bei den Betriebskosten ergeben. Zu beachten ist, dass die Betriebskosten der Curlinghalle der Vereinigung der Curlingclubs zu 100% weiterverrechnet werden. Die höheren Betriebskosten müssen von der KSS getragen werden. Die Stadt wird mit den jährlichen Abschreibungen von Fr. 480'000.-- über 20 Jahre belastet. Schon in der Saison 2008/09 wurde an Clubs und Vereine für die Eismiete Fr. 101'043.80 verrechnet.

Gründe oder Argumente für die Eissportanlage:

- Zwei offene Eisfelder sind von der Anlage her nicht möglich und von der Eisaufbereitung her unwirtschaftlich und schränken auch die Eislaufwege ein, bei schlechtem Wetter muss der Betrieb eingestellt werden.
- Die Halle gewährt einen regelmässigen Betrieb für Bewohnerinnen und

- Bewohner, vor allem für Junge in Schaffhausen.
- Halle für 1. Liga Club-tauglich.

Wie bereits erwähnt, schlägt Ihnen die Baufachkommission die Vorlage mit dem neuen Antrag einstimmig zur Annahme vor.

Ich darf zugleich auch noch die Haltung der **SP/AL-Fraktion** einbringen: Unserer Fraktion ist die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Vorlage für die Region Schaffhausen bewusst. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn auch umliegende Gemeinden wie Stetten, Thayngen oder auch aus dem Kanton Zürich wie Feuerthalen einen Beitrag leisten würden, da auch sie von der KSS profitieren. Auch finden wir, dass der Kanton einen höheren Beitrag leisten könnte. Trotz allem steht unsere Fraktion zur Vorlage und wird der Vorlage zustimmen. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Die Fraktion von **FDP/JFSH** wird der Vorlage grossmehrheitlich zustimmen, denn ohne Dach ist die Eisbahn auf der KSS ökologisch und betriebswirtschaftlich kaum mit den vorgegebenen Eiszeiten zu betreiben.

Wenn wir bedenken, dass die nächstgelegenen gedeckten Kunsteisbahnen in der Ost-West-Ausdehnung im Raum Kreuzlingen-Basel sowie in der Nord-Süd-Richtung in Schwenningen/Bülach/Winterthur liegen, wird klar, dass wir im Zentrum dieser gewichtigen Ausdehnung bei einem Einsturz unseres Daches über der KSS-Eisbahn nicht einfach auf die gedeckte Anlage verzichten können. Ein solcher Verzicht würde den Breitensport, den Schulsport und den Leistungssport in unserer Region schwer treffen.

Wie wir der Botschaft des Stadtrates entnehmen können, ist der Einsturz des KSS-Eisbahndaches eine Frage der Zeit und die Infrastruktur im Bereich Garderobe für die Benutzer eine Zumutung. Deshalb ist die Vorlage Sanierung der Eissportanlagen in der KSS zu unterstützen. Es handelt sich um eine Vorlage mit langer Entwicklungsgeschichte und um eine Vorlage, die auf Luxus verzichtet und sich auf das Nötige beschränkt.

Nachdem uns der Kanton Fr. 2,5 Mio. als finanzielle Unterstützung in Aussicht stellt, kann man der Vorlage an sich freudig zustimmen. Trotzdem gibt es in unserer Fraktion Enthaltungen und Gegenstimmen. Dies aus folgenden zwei Gründen:

An den Ausbau der Curling-Anlage im Wert von Fr. 4,1 Mio. entrichtet die Stadt Schaffhausen einen Beitrag von Fr. 3,1 Mio. Da es sich beim Curling-Sport nicht um einen klassischen Breitensport oder Volkssport handelt, ist für einige dieser städtische Beitrag zu gross. Unweit der Curlinghalle feiert in diesem Jahr ein Sportclub mit einer kostenintensiveren Anlage sein 100jähriges Bestehen, ohne je einen Baubeitrag oder Ähnliches von der Stadt erhalten zu haben.

Die Stadt ist in der Verwaltungskommission der KSS-Genossenschaft personell oder anzahlmässig zu schwach vertreten. Wenn man die städtischen Beiträge an die Genossenschaft ins Verhältnis der Mitbestimmung setzt, so stimmt die Proportion nicht. Bevor man den Betrag spricht, muss das ändern.

Trotz dieser kritischen Stimmen und auch zum Teil legitimen Anmerkungen stimmt ein Grossteil der Fraktion von FDP/JFSH dieser Vorlage zu. Eine Eisbahn in

Schaffhausen ohne Überdachung wäre ein gewaltiger und unverständlicher Rückschritt für den städtischen und regionalen Schul-, Breiten- und Leistungssport im Bereich Wintersport im Mittelland. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”In der **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** haben wir die Vorlage ausführlich diskutiert. Deren Inhalt wurde Ihnen vom Sprecher der Fachkommission, Daniel Schlatter, bereits ausführlich vorgestellt, so dass ich mich auf wenige Punkte beschränken kann, die für unsere Fraktion von besonderem Interesse sind.

1. Grundsatzfrage:

Bei einem Projekt, das Kosten in der Grössenordnung von Fr. 10 Mio. darf, beziehungsweise muss die Frage nach der Notwendigkeit gestellt werden. In diesem Fall lautet die zu beantwortende Frage: Ist ein Eissportzentrum für die Stadt Schaffhausen nötig? Die bisherigen Frequenzen zeigen klar, dass diese Frage bejaht werden kann. Dies gilt insbesondere für den Teil mit den Eisbahnen (auf die Curlinghalle werde ich später noch zu sprechen kommen), sind doch Eishockey und Schlittschuhlaufen Sportarten, die breite Bevölkerungskreise aus der Region ansprechen und deshalb Unterstützung verdienen.

2. Ökologie/Energie:

Diese Frage ist für unsere Fraktion naturgemäss besonders wichtig. Es ist uns bewusst, dass Eissport mit hohem Energieaufwand verbunden ist. Trotzdem können wir auch unter diesem Gesichtspunkt der Vorlage zustimmen, denn das Energiekonzept zeigt, dass mit dem Verbrauch so sparsam wie möglich umgegangen wird. Zudem ist die Installation einer grossen Fotovoltaik-Anlage geplant (wegen anderweitiger Finanzierung, aber nicht Teil dieser Vorlage). Weitere Pluspunkte: das Dach der neuen Eishalle soll begrünt werden, die Lärmemissionen werden deutlich geringer ausfallen, und wenn der Eissport als Wintersport gewissermassen vor der Haustüre angeboten wird, entfallen viele Fahrten in entlegene Sportgebiete.

3. Finanzen:

Hier sind wir enttäuscht, dass der Kanton bei seinem Beitrag nicht noch weiter gegangen ist, denn die in Aussicht gestellten Fr. 2,5 Mio. entsprechen bei weitem nicht dem Anteil, welcher aufgrund der Besucherzahlen aus dem Kanton hätte errechnet werden können.

Eine zweite kritische Bemerkung betrifft die Curlinghalle: Zu diesem Teil der Vorlage gab es in der Fraktion kritische Äusserungen, ob der Betrag von Fr. 3 Mio. für eine Sportart, die wohl nicht zum Breitensport gezählt werden kann, gerechtfertigt sei. Doch dazu wird später noch ein Votum aus der Fraktion folgen.

Im weiteren Sinn, ebenfalls zum Kapitel der Finanzen, gehört das Kapitel Parkplatzbewirtschaftung. Dazu haben wir in der Kommission die erfreuliche Mitteilung erhalten, dass auf den Zeitpunkt der Eröffnung der neuen Hallen mit einem Konzept gerechnet werden kann, das der alten Forderung nach gebührenpflichtigen Parkplätzen Rechnung trägt, und wir hoffen natürlich, dass dieses Versprechen eingehalten werden kann.

So weit also die Punkte, die von unserer Fraktion kritisch beleuchtet wurden. Trotz der später noch folgenden kritischen Stellungnahme zur Curlinghalle wird unsere

Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr mehrheitlich zustimmen.

Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, dem Präsidenten der Fachkommission, Josef Eugster und allen anderen Beteiligten für die speditive und konstruktive Arbeit zu danken. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Wie bereits von Dr. Paul Bösch erwähnt, geht es hier um die Grundsatzfrage: Wollen oder brauchen wir in der Stadt Schaffhausen eine Eissportanlage? Die Fachkommission kam zur Überzeugung, dass wir diese brauchen. Auch die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** ist dieser Meinung. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir in Schaffhausen keine Eissportanlage hätten. Wichtig erscheint mir jetzt vor allem, dass wir die Stimmbevölkerung, welche schlussendlich das Projekt mitfinanziert, transparent und verständlich informieren. Neben dem Spitzen- und Breitensport ist es auch eine Anlage, wo sich die ganze Familie vergnügen kann.

Es wird ein grosser “Brocken” für die Curling-Halle eingesetzt, aber es ist ein wichtiger und auch einmaliger Beitrag. Jede Stunde, welche die KSS-Mitarbeiter für den Curling-Club einsetzen, wird in Rechnung gestellt. Diese Tatsache muss ebenfalls mit berücksichtigt werden. Die Bewirtschaftung des Eises bringt heute über Fr. 100'000.-- ein, das heisst, es fallen nicht nur Kosten an, sondern ein Teil davon fliesst auch wieder zurück. Langfristig gesehen, kann es durchaus sein, dass mit der neuen Anlage dieser Rückfluss noch erhöht werden kann. Wenn pro Jahr von einem Betrag von Fr. 100'000.-- ausgegangen wird, entsteht nach 10 Jahren auch eine Million Franken Unterstützung an diese Unkosten.

Nicht nur im Rat, sondern auch im Gespräch mit Schaffhauserinnen und Schaffhausern taucht die Frage nach dem Kredit von Fr. 400'000.-- für die Baueingabe und die Vorbereitungsarbeiten auf, die vor der Abstimmung vorgezogen werden. Findet wider Erwartung das Projekt vor dem Stimmbürger keine Anerkennung, wäre dieser Betrag zwar “in den Sand” gesetzt; wird die Anlage aber nicht erneuert und ausgebaut, käme eines Tages ein Rückbau auf uns zu, welcher viel höhere Kosten verursachen würde.

Schaffhausen kann sich so etwas nicht leisten; es ist immer wieder die Rede von Schaffhausen als Sportstadt, obwohl ich die Gründe dafür nicht genau kenne. Für mich ist es normal, dass eine Stadt auch über Sportanlagen verfügt, diese fördert und natürlich auch unterhält.

Ich gehe davon aus, dass der Vorlage vom Grossen Stadtrat zugestimmt wird - der Knackpunkt steht uns mit der Volksabstimmung allerdings noch bevor. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme des Stadtrates

”Zuerst bedanke ich mich bei Ihnen für die positive Aufnahme, beim Sprecher der Baufachkommission, Daniel Schlatter (SP), für den guten Kommissionsbericht und den Mitgliedern der BFK für die umfassende Arbeit. Die Vorlage des Stadtrates wurde detailliert geröntgt, auch anlässlich der intensiven Besichtigung in der KSS.

Die Sanierung der Eissportanlagen auf der Breite ist für unsere Stadt ein grosses, aber auch ein sehr wichtiges Projekt. Es freut den Stadtrat, dass wir mit der Beschlussfassung nach einer sehr langen Planungsphase zu einem guten Entscheid

kommen.

Zwar mag es für viele störend gewesen sein, dass der Weg bis zur Vorlage an das Parlament so lange war. Der Stadtrat stand vor der Ausgangslage, dass neben einem guten Projekt auch wichtige Rahmenbedingungen, aber vor allem auch die Finanzierung, sauber abgeklärt werden mussten, und dies benötigte einige Zeit, und zwar mehr Zeit wie ursprünglich geplant.

Es war darum auch richtig zu prüfen, ob eine Gesamtsanierung in diesem Umfang notwendig ist oder ob es Alternativen dazu gibt. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass an der jetzt vorgeschlagenen Sanierung kein Weg vorbei führt, wenn wir die Eissportanlage in Schaffhausen erhalten wollen. Trotzdem wurde das siegreiche Projekt in einigen Runden in Zusammenarbeit mit der KSS, den Vereinen und unseren Spezialisten von der Verwaltung noch optimiert und Kosteneinsparungen konnten gemacht werden.

Die Bedeutung des Eissportes für unsere Region ist hoch, und sie ist, gerade in unserer Region, welche im Sommer viele und im Winter nur wenige Möglichkeiten bietet, von besonders grosser Wichtigkeit für die Kinder und Erwachsenen, damit sie zu genügend Bewegungsmöglichkeiten kommen. Eine Eissportanlage bietet dafür guten Grund, dies zeigen auch die steigenden Besucherzahlen der vergangenen Jahre.

Wir stehen heute an einem Scheideweg, und es geht eigentlich um die Frage: Eissport in Schaffhausen, ja oder nein? Heute können Sie mit Ihrer Zustimmung zur Vorlage das Bekenntnis für eine wichtige Institution im Schaffhauser Wintersport abgeben.

Kann die Sanierung nicht durchgeführt werden, so droht, so drastisch es tönt, eine Schliessung der Anlage. Vor allem die Sicherheit des Foliendaches kann bei Sturmereignissen und hoher Schneelast nicht mehr garantiert werden, und diese müsste bald abgerissen werden. Bislang wurde so vorgegangen, dass bei kritischen Verhältnissen, die Halle vorsorglich geschlossen wurde. Eissport mit zwei freien Eisfeldern ist aus energetischer Sicht eine Unmöglichkeit, und der Zustand der Anlagen lässt einen weiteren Betrieb bald nicht mehr zu. Stadtrat und Baufachkommission sind sich in der Beurteilung über den heutigen Zustand einig.

Die Gesamtsanierung gibt den Weg frei für ein modernes Sportzentrum, welches auf die Bedürfnisse unserer Region abgestellt ist. Die Dimensionen sind nicht zu gross bemessen. Zuschauerkapazitäten und Einrichtungen genügen höchstens für die erste Liga, sie lassen aber auch andere Eissportveranstaltungen wie Shorttrack, Eiskunstlauf und vielleicht sogar wieder einmal eine Eiskunstlauf-Show zu. Im gleichen Zug kann mit privater Unterstützung die Curlinghalle auf Vordermann gebracht werden. Die Garderobenkapazitäten werden vergrössert, was eine bessere Auslastung der Anlagen zulässt und schlussendlich Mehreinnahmen für die KSS generiert – dies alles im günstigen Betriebsverbund, welcher der KSS im Verbund mit den übrigen Anlagen ermöglicht, einen kostengünstigen Betrieb sicherzustellen.

Im Vorfeld wurde oft über die Kosten gesprochen. Tatsächlich mögen sie hoch erscheinen. Wichtig ist einfach, dass wir sehen, dass es um eine Gesamtsanierung der Anlagen und nicht - wie oft geglaubt - nur um das Dach geht, und hier sind die Kosten auch im Vergleich mit jüngst realisierten Anlagen in der Schweiz absolut im Rahmen.

Die Gesamtanierung mit Kosten von fast Fr. 15 Mio. ist aufwendiger als sie auf den ersten Blick erscheint, weil früher viele Anlageteile bei der Erstellung unter Kostendruck erstellt wurden. Dies führt heute zu Mehrkosten, da beispielsweise die Tragkonstruktion für das Foliendach nicht verwendet werden kann oder die bestehende Tribüne, die keine tragende Konstruktion ist, abgerissen werden muss, um Garderoben darunter bauen zu können. Dies führt zu Mehrkosten, die jetzt bereinigt werden können. Die neue Anlage ist aber auf Langlebigkeit ausgerichtet und wird den Eissportfreunden über mehr als 40 Jahre Freude bereiten. Aus diesem Blickwinkel ist die vorgeschlagene Sanierung langfristig günstiger als ein weiteres Flickwerk.

Die wichtigsten Vorzüge des Projektes wurden von meinen Vorrednern bereits ins Feld geführt. Für Fragen können wir Ihnen gerne in der Detailberatung die Pläne des Projektes auf die Leinwand beamen.

Neben der Sanierung der bestehenden Anlagen bietet die neue Lösung auch wesentliche Verbesserungen gegenüber der heutigen Anlage:

- Dank dem neuen Dach wird der Energiehaushalt der Halle verbessert und vor allem der Lärm vom Quartier ferngehalten. Zudem ist sie im Scheitel rund 4,5 m weniger hoch, dadurch wird sie besser im Quartier eingepasst, was für die Nachbarschaft von grosser Bedeutung ist.
- Der Zuschauereingang zur Halle ist neu besser an den öffentlichen Verkehr angebunden und nur noch 50 m von der Bushaltestelle Weinberg entfernt.
- Die Garderobekapazitäten genügen auch bei mehreren gleichzeitig stattfindenden Trainings, was die Nutzungskapazität erhöht.
- Die Curlinghalle kann dank der Mitfinanzierung der Vereine den neuen Anforderungen angepasst werden.

Das Bauprogramm ist ehrgeizig, nach der Volksabstimmung im November 2009 müssen die Vorbereitungen so weit getrieben werden, dass im Frühling 2010 mit dem Bau begonnen werden kann und die Einweihung bereits im nächsten Herbst erfolgen kann.

Die Baufachkommission hat Ihnen den geänderten Antrag unterbreitet, in welchem der neueste Teuerungsstand per 01.04.09 abgebildet ist. Die Kosten für die Stadt liegen somit bei Fr. 10,03 Mio., plus die Vorinvestitionen von Fr. 400'000.-- und die gebundenen Ausgaben von Fr. 580'000.--, gesamthaft rund Fr. 11 Mio. Seit 2007 hat sich die Teuerung um 4.43% erhöht; diese ist hier eingerechnet, und somit können wir den Stimmbürgerinnen eine transparente Vorlage unterbreiten, auch wenn diese die magische 10-Millionengrenze knackt.

Erfreulich ist, dass der Kanton Schaffhausen einen grösseren Betrag von Fr. 2,5 Mio an die Sanierung leistet. Dieser Beitrag muss im Kantonsrat noch beschlossen werden. Mit diesem Beitrag anerkennt der Kanton die überregionale Bedeutung der KSS-Eissportanlage. Ihr Angebot ist für die ganze Region einmalig und nützt den Schülerinnen und Schülern sowie den erwachsenen Sportlern des ganzen Kantons und natürlich auch aus dem nahen Umfeld im Kanton Zürich und Thurgau sowie der deutschen Nachbarschaft. Die KSS-Eissportanlage hat für die Region eine hohe Bedeutung. Thomas Hauser hat bereits den gesamten Rayon aufgeführt, und zwar von Villingen-Schwenningen, Konstanz, Frauenfeld, Winterthur bis Bülach, wo wir die einzige Eissportanlage sind. Dies zeigt sich auch mit den stetig wachsenden Besucherzahlen. Sollte der Kantonsrat mehr als Fr. 2,5 Mio. sprechen - für eine

solche Entscheidung ist er natürlich frei - würde sich der Beitrag der Stadt in diesem Ausmass natürlich reduzieren. Ebenso erfreulich ist, dass die Vereinigung der Curling Clubs sich mit einem Betrag von einer Million Franken an der Sanierung beteiligt.

Wenn Sie die Pläne studieren, sehen Sie deutlich, dass der Bau der Eishalle ohne die Curlinghalle fast nicht möglich ist. Die Curling- und die Eishalle sind ineinander "verzahnt", was uns die Möglichkeit eröffnet, gewisse Räumlichkeiten doppelt zu nutzen. Bei einer Streichung der Curlinghalle würden sich die Kosten für die Eishalle nicht im gleichen Umfang verkleinern; vor allem die Mehrzweckräume und die Räumlichkeiten der Garderobe werden gemeinsam genutzt. Eine Trennung würde sogar eine Verteuerung verursachen. Der jetzt geplante Neubau der Eishalle würde einen teilweisen Abriss der Curlinghalle zur Folge haben, das heisst, die Curlinghalle hätte wiederhergestellt werden müssen. Der Curlingsport in der Stadt Schaffhausen hat in den letzten Jahren zugenommen.

Ich hoffe auf jeden Fall, dass die Eissporthallen robuster gebaut werden wie unsere Computeranlage im Kantonsratssaal und werde meine Ausführungen nach dem kurzen technischen Defekt wieder aufnehmen.

Der Curlingsport ist übrigens der einzige Sport in der KSS, der über seine Betriebskostenbeiträge kostendeckend betrieben wird. Die bestehende Curlinghalle wurde auf eigene Rechnung erstellt, sie wird von der KSS für verschiedene eigene Anlässe benutzt.

Bezüglich Parkplatzbewirtschaftung: Die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes ist zurzeit im Gang, allerdings bezieht es sich auf das ganze Breite-Quartier. Eine Einzellösung für die KSS steht nicht zur Diskussion. Es wird geprüft, ob die Stadt die Parkplatzbewirtschaftung allenfalls übernimmt; dies ist ebenfalls Gegenstand der Überarbeitung des Baurechtsvertrages zwischen der Stadt und der KSS.

Zur Kritik am Betrag von Fr. 400'000.-- für Vorleistungen: Falls die Volksabstimmung am 29. November 09 negativ ausfällt, würde der Projektierungskredit selbstverständlich gestoppt und nach Möglichkeit nicht voll ausgeschöpft. Zum immer wieder erwähnten Label "Sportstadt Schaffhausen" kann ich nur bemerken, dass dieses nicht existiert. Gewisse Strukturängel bestehen zwar, aber das Label schon lange nicht mehr.

Der Stadtrat ist überzeugt, Ihnen eine zukunftsweisende Vorlage zu präsentieren, welche das Weiterbestehen des Eissportes in der Stadt Schaffhausen garantiert. Ich hoffe nicht nur auf Ihre Unterstützung heute Abend im Grossen Stadtrat, sondern vor allem auch im bevorstehenden Abstimmungskampf. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Man sagt, Computer haben ein Eigenleben. Wie wir sehen, hat offensichtlich auch der Computer hier ein „maues“ Gefühl bei dieser Vorlage. Mir geht es genauso. Als Konsumentin hasse ich es ausgesprochen, wenn man mir zusammen mit 200 g Hackfleisch auch noch 100 g Kalbsleber verpassen will. Das passt erstens nicht in die Spaghettisauce und ist zudem auch teuer. So ist es auch mit den Fr. 3,1 Mio., die einen Drittel des Nettokredits ausmachen. Hier profitiert der Curling Club von einer ganz besonderen Gunst. Die Ausführungen von SR Peter Kämpfer haben mir auch nicht weitergeholfen. Hier braucht es eine Erklärung, auch für die Volksabstimmung.

Auch wenn wir unter Zeitdruck stehen, müssen wir das erklären können. Es ist doch klar, dass die Stadt in Zukunft nicht gegenüber allen Sport- und Kulturvereinen so grosszügig sein kann. Andererseits aber gilt, was Josef Eugster gesagt hat: Es geht um einen Grundsatzentscheid. Auch ich möchte ein Happyend heute Abend, daher bitte ich noch um Klärung. “

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

„Dass die Besucher bei Veranstaltungen in der KSS mit dem öV anreisen, ist in Wirklichkeit mehr ein Wunschdenken der OeBS wie die Realität. Das Grundkonzept einer Parkplatzbewirtschaftung im Breite-Quartier wurde bereits in der Zukunftswerkstatt Breite vorgestellt. Die dort präsentierten flankierenden Massnahmen müssen jedoch sehr straff geführt werden, sonst weichen die Parkplatzsuchenden auf die Quartierstrasse aus, verstopfen diese und schrecken auch nicht davor zurück, ihre Autos vor Privatgaragen zu parkieren.“

Walter Hotz (FDP)

Votum

„Es ist unbestritten, dass die KSS-Sanierung gemacht werden muss, aber es hätte meines Erachtens gar nicht so weit kommen dürfen. Ich zitiere folgenden Auszug aus dem Baurechtsvertrag vom 03.12.1965: *„Die Bauten stehen im Eigentum der Baurechtsberechtigten und sind von ihr während der ganzen Dauer des Baurechts einwandfrei zu unterhalten“*. In 16 Jahren kommt es allenfalls zu einem Heimfall, den die jungen Ratsmitglieder vielleicht noch erleben werden. Es stellt sich hier die Frage, ob die im Baurechtsvertrag gestellten Forderungen eingehalten wurden. Im Prüfbericht vom 25.07.08 von Wildberger Schuler Partner AG „Überprüfung der Tragfähigkeit der Dachkonstruktion“ ist Folgendes nachzulesen: *„Die Unsicherheiten sind so gross, dass eine weitere Nutzung bei Sturm und Schneelasten nicht mehr gefahrenlos möglich ist“*. Ich möchte an dieser Stelle als GPK-Präsident und als Mitglied des Grossen Stadtrates keine Verantwortung übernehmen, sondern übertrage die volle Verantwortung an den Stadtrat. SR Peter Kämpfer ist für eine gefahrenlose Benutzung der überdachten Eissportanlage verantwortlich. Abschliessend zitiere ich wie folgt aus dem Revisionsbericht vom 27.05.09 „Rechnung 2008 KSS“ der Revisionsstelle Finanzkontrolle Kanton und Stadt: *„Aufgrund unserer Revision müssen wir annehmen, dass das Anlagevermögen unzureichend abgeschrieben wurde. Hierdurch wären die Anlagen in einem nicht näher bezifferbaren Ausmass wesentlich überbewertet; entsprechend wäre das Ergebnis zu günstig ausgewiesen“*. „

DETAILBERATUNG

Die 1. Vizepräsidentin, **Theresa Dersken (CVP)**, verliest die Seiten 1-13 der Vorlage sowie die von der Fachkommission mit Datum 10.08.09 beantragten Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Für die Erneuerung der Eissportanlagen KSS gemäss der Vorlage des Stadtrates an den Grossen Stadtrat vom 9. Juni 2009 wird ein Beitrag an die KSS in Form von Zeichnung von zusätzlichen Anteilscheinen von Fr. 10'030'000.-- (Stand Zürcher Baukostenindex, 1. April 2009, 110.9 Punkte, entsprechend Fr. 9'605'500.--, Zürcher Baukostenindex, Stand 1. April 2007, 106,2 Pkt.) bewilligt. *Kein Gegenantrag, so*

beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Abschreibung des zusätzlichen Genossenschaftskapitals auf 20 Jahre. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Kredit von Fr. 400'000.--, damit die Baueingabe sowie die Vorbereitungsarbeiten für die Ausführung im 3. Quartal 2009 in Angriff genommen werden können. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Der Grosse Stadtrat bewilligt in seiner Kompetenz einen Kredit von Fr. 580'000.-- für die aufgrund der Sicherheitsbestimmungen gebundenen Ausgaben für die Erneuerung der Trafostation sowie die Sanierung des Kollektorenkanals. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses unterstehen nach Art. 10 lit. d der Stadtverfassung der Volksabstimmung. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
6. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. d dem fakultativen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die VdSR KSS-Sanierung der Eissportanlagen vom 9. Juni 2009 sowie die von der Fachkommission mit Datum vom 10. August 2009 beantragten Anträge mit 28 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?

Lotti Winzeler (OeBS)

Begründung

„Schlagzeilen in den Medien wie unqualifizierte Hilfskraft, schlecht betreut, spricht kein Wort Deutsch, verpasst Termine, sind heute noch eher Einzelfälle. Für direkt Betroffene bedeutet dies jedoch massive Einbussen der Lebensqualität. Solche Erlebnisse lassen das Vertrauen in die Pflegeinstitutionen schwinden.

Wie bereits in meiner schriftlich eingereichten Interpellation festgehalten, zeigt der Obsanbericht „Gesundheitspersonal in der Schweiz – Bestandesaufnahme und Perspektiven bis 2020“ auf, dass ein massiv höherer Pflegebedarf in den Pflegeheimen und in der Spitex auf uns zukommt. Dies wird mit dem letzte Woche veröffentlichten Papier von Careum „Ageing Workforce in an Ageing Society“ stark untermauert. Spricht der OBSAN-Bericht von 25'000 Personen bis 2020, die zusätzlich eingestellt werden müssen, nebst den 60'000 Gesundheitsfachleuten, die wegen Pensionierung ersetzt werden müssen, so müssen laut dem Careum-Papier innerhalb der nächsten 20 Jahre bis zu 190'000 neue Arbeitskräfte im Gesundheitswesen rekrutiert werden.

Mit der Einführung der neuen Gesundheits- und Pflegeausbildungen erhoffte man

sich mehr Lernende für die Berufe zu rekrutieren. Leider zeigt sich im Vergleich mit andern Berufen, dass auch mit den neuen Berufsbestimmungen die Attraktivität dieser Berufe nicht erhöht wurde.

Die demographische Entwicklung führt zu Engpässen der pflegerischen Grundversorgung. Zum einen ist der Nachwuchs künftig aus einer kleiner werdenden Bevölkerungszahl zu rekrutieren. Zum andern steigt der Pflegebedarf; da es immer mehr ältere Menschen gibt. Die Pflegebedürfnisse im hohen Alter werden immer komplexer, Stichworte Demenz und Multimorbidität.

Einen Teil des Bedarfs wird seit eh und je mit ausländischem qualifizierten Pflegepersonal kompensiert. Dies ist heute schon eine unverzichtbare Ressource. Es gilt jedoch, diese Einwanderungen in vertretbaren Grenzen zu halten.

Um den eigenen Nachwuchs zu sichern, muss das Fachpersonal über die Ausbildung gewonnen werden. Deshalb ist es sehr wichtig, dass auf allen Ausbildungsstufen im Betreuungs- und Pflegebereich genügend Ausbildungsplätze angeboten werden und in diese investiert wird.

Die Stadt Schaffhausen ist nebst dem Kanton der grösste Arbeitgeber im Bereich der Pflege und Betreuung und mit der Integration der Spitex wird ihre Position noch ausgebaut. Die Stadt und die Spitex bieten Ausbildungsplätze im Bereich der Fachfrau/Fachmann Gesundheit (FaGe) an. In diesem Bereich ist das Engagement heute schon relativ hoch. Potential lokalisiere ich im Bereich der Höheren Fachausbildung Pflege und bei Quereinsteigerinnen, die bereits im Besitz eines Fähigkeitsausweises sind und auf dem verkürzten Weg einen FaGe-Abschluss machen wollen.

Momentan gibt es weder in der Spitex, noch in den kommunalen Heimen ein Lehrstellenangebot für die Höhere Fachausbildung Pflege. Auch sollte für diese Ausbildung für Späteinsteigerinnen Anreize in Form höherem Lohn geschaffen werden damit reifere Persönlichkeiten diese Ausbildung ergreifen. Vor allem in der Alterspflege sind es oft Personen im „mittleren“ Alter, die für diese Aufgabe motiviert sind. Aus diesem Grund sollte auch für Quereinsteigerinnen auf der Ausbildungsstufe FaGe gute Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit auf diesem Weg möglichst viele FaGe rekrutiert werden können.

Die Herausforderungen, um die pflegerische Grundversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, sind komplex. Als Antwort müssen unterschiedliche Massnahmen in Betracht gezogen werden. Einige Beispiele habe ich bereits aufgeführt.

Ich hoffe, dass die eingangs geschilderten Pflegesituationen in unserer Stadt nicht vorkommen werden und dass der Stadtrat und auch wir Politiker/innen uns der Situation bewusst sind, dass hier proaktiv gehandelt werden muss, damit wir in den nächsten Jahren nicht in einen Pflegenotstand geraten.

Wer ausbildet, geht auch Verpflichtungen ein. Die Lernbegleitung ist zeitintensiv, und es müssen entsprechend den Ausbildungsplätzen genügend Stellenprozente für die Lernbegleitung bereitgestellt werden.

Dank der aktuellen Wirtschaftskrise ist momentan in den Pflegeinstitutionen von Personalengpässen nichts oder nur an wenigen Orten etwas zu spüren. Diese Momentaufnahme darf uns jedoch nicht dazu veranlassen, die zwei Berichte von

OBSAN und Careum nicht ernst zu nehmen! Jetzt, heute muss die Nachwuchsförderung aktiv an die Hand genommen werden damit wir in ein paar Jahren einen Pflegenotstand so gut als möglich verhindern oder eindämmen können.

In den Legislatorschwerpunkten 2009-2012 der Stadt Schaffhausen, unter Punkt 7 „Politik und Verwaltung“ ist festgehalten: „Die Stadt Schaffhausen ist eine attraktive Arbeitgeberin und wichtige Ausbilderin von beruflichem Nachwuchs“.

Jetzt bin ich gespannt, wie weit der Stadtrat die Umsetzung dieses Ziels wahrnehmen will. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme des Stadtrates

„Die Beantwortung ist sehr komplex und wird eine gewisse Zeit dauern.“

In ihrer Interpellation vom 12. März 2009 *„Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?“* bezieht sich Lotti Winzeler auf eine erste Bestandaufnahme und den Bericht „Gesundheitspersonal in der Schweiz – Bestandaufnahme und Perspektiven bis 2020“, die durch das Schweizerische Gesundheitsobservatorium OBSAN verfasst wurden.

Um es vorweg zu nehmen: Lotti Winzeler spricht mit ihrer Interpellation ein hochkomplexes Thema an, das in seiner Gesamtheit zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum eine verlässliche Prognose über die künftige Entwicklung zulässt. Zu viele Einflussfaktoren sind nur ansatzweise bekannt: Welche Auswirkungen wird zum Beispiel die Einführung der Fallpauschalen an den Spitälern auf die ambulante und stationäre Pflege haben? Wie wird sich die neue Pflegeverordnung des Bundes - nebst der Kostenseite - auf die pflegerische Grundversorgung auswirken? Wird sich die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung so wie prognostiziert entwickeln?

Die Fragen liessen sich beliebig mehren! Damit einher geht aber auch die Schwierigkeit, verlässliche Antworten auf die von der Interpellantin gestellten Fragen zu geben. Als Beispiel führe ich die Entwicklung des Pflegebedarfes im Verlauf der letzten acht Jahre an: Angesichts des steigenden Pflegebedarfes in den städtischen Altersheimen musste der Stellenplan in zwei Schritten nach oben angepasst werden. Aufgrund der gemachten Hochrechnungen gingen wir davon aus, dass der Pflegebedarf zwischen 2002 und 2006 kontinuierlich steigen würde, um dann allmählich abzuflachen. Doch wie sieht die Situation heute aus? Die Prognosen erwiesen sich bis vor etwa einem Jahr als richtig. Momentan stellen wir jedoch nicht nur eine Abflachung, sondern eine Abnahme des Pflegebedarfes fest - die Zahl der BESA-Punkte, die diesen Bedarf abbildet, ist in den städtischen Heimen seit etwa einem Jahr rückläufig - wann und ob sich dieser Trend wieder umkehren wird, ist ungewiss.

Im Bericht des Gesundheitsobservatoriums werden Situationen in unterschiedlichen Institutionen des Gesundheitswesens zusammengefasst. Unter anderem werden Prognosen zum Pflegeleistungs- und Personalbedarf der Spitäler, Alters- und Pflegeheime und der Spitex aufgeführt. Im Referenzszenario ist der demografische Effekt mit einer Verkürzung der Hospitalisationsdauer und einer Verbesserung des Gesundheitszustandes der älteren Bevölkerung gekoppelt. Unter Voraussetzung dieser Hypothesen könnte der Bedarf an Pflegeleistungen wie folgt zunehmen: Hospitalisationstage +2,4%, Beherbergungstage in Alters- und Pflegeheimen +30%

sowie Zunahme der Spitex-Klienten um 20%. Ginge man von einer unveränderten Produktivität und Erwerbsquote aus, müssten aufgrund dieses erhöhten Pflegebedarfs 17'000 Vollzeitstellen neu geschaffen werden. Im OBSAN-Bericht wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Personalbedarf in den Alters- und Pflegeheimen und bei der Spitex am stärksten zunehmen wird.

Der Bericht weist auch auf das Rekrutierungsproblem hin. Der erhöhte Bedarf an Pflegepersonal zeichnet sich in einer Phase ab, in der die Rekrutierung bereits schwierig ist. Die Autoren der Studie schlagen verschiedene Lösungswege vor, wie der Mehrbedarf abgedeckt werden kann. Zunächst solle die Gesundheitsförderung verstärkt werden, damit die Gesundheit der älteren Bevölkerung verbessert und der Pflegebedarf gesenkt werden könne. Ebenfalls wichtig seien die Optimierung und Art der Leistungserbringung und eine bestmögliche Abstimmung der eingesetzten Kompetenzen auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten. Schliesslich sollten die Berufe attraktiver und die Anzahl der Ausbildungsplätze angepasst werden.

Per Ende 2009 wird von Seiten der Gesundheitsdirektorenkonferenz ein Bericht vorliegen, der auch Informationen über die Anzahl der Ausbildungsplätze enthalten soll. Der Bericht soll als Instrument zur Steuerung und Förderung der Ausbildung dienen und gleichzeitig Vorschläge für weitere Massnahmen wie die Förderung einer längeren Ausübung der Berufstätigkeit sowie die Unterstützung der beruflichen Wiedereingliederung enthalten. Der Ausbildung wird in der Frage nach der Sicherstellung der pflegerischen Grundversorgung eine grosse Bedeutung beigemessen, weshalb im Folgenden die diesbezügliche Situation in Schaffhausen geschildert wird.

Zuständigkeiten für die Ausbildungen in Schaffhausen:

Vorerst zu den Zuständigkeiten: Die Ausbildung von Pflegenden ist eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Der Kanton ist für die berufliche Grundausbildung zuständig. Die Gemeinden sind mitverantwortlich für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals. Eine Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen finden Sie in der aufgelegten Dokumentation.

Ausbildungsplätze für Lernende in der Pflege: Wie präsentiert sich die derzeitige Situation in der Stadt Schaffhausen?

Heute werden in den städtischen Heimen 24 Personen in verschiedenen Pflegeberufen ausgebildet. Zusätzlich bieten Spitex Schaffhausen 5 Lernenden, die privaten Heime 11 Lernenden und schliesslich die Spitäler Schaffhausen 88 Lernenden Ausbildungsplätze in der Pflege an. Die Höhere Fachausbildung kann derzeit nur in den Spitälern Schaffhausen absolviert werden. Dies hängt damit zusammen, dass bis anhin an den städtischen Altersheimen kein Bedarf an Pflegepersonal mit einer Ausbildung auf Fachschulniveau besteht. Wie sich dieser Bedarf in Zukunft entwickeln wird, ist hingegen noch ungewiss. Insgesamt werden auf dem Gebiet der Stadt Schaffhausen derzeit 123 Personen in Pflegeberufen ausgebildet; darin eingeschlossen sind die Auszubildenden der Spitäler.

Bereits heute eingeleitete Massnahmen im Bereich Altersbetreuung: Welche Massnahmen wurden im Bereich Altersbetreuung bereits eingeleitet?

Die eingangs erwähnten Zahlen beziehen sich auf gesamtschweizerische Entwicklungen und sollen bis Ende 2009 noch detaillierter ausgearbeitet werden. Der Anteil der älteren Bevölkerung in Schaffhausen liegt im gesamtschweizerischen

Vergleich sehr hoch, wir sind neben Basel die zweitälteste Stadt in der Schweiz. Diese Situation bringt es mit sich, dass wir bereits heute über ein sehr grosses Angebot in der Langzeitpflege verfügen. Die Spitäler Schaffhausen bieten neben einer Abteilung für die Langzeitpflege auch Rehabilitation und Übergangspflege an. Damit wird in vielen Fällen der Übertritt in den stationären Aufenthalt in einem Altersheim hinausgezögert oder sogar ganz vermieden. Die spitalexternen Dienste in der Stadt Schaffhausen arbeiten auf einem hohen Qualitätsniveau und sind auch quantitativ gut ausgebaut. Dies trägt ebenfalls dazu bei, dass die Aufenthaltsdauer in den Alters- und Pflegeheimen deutlich gesunken und das Eintrittsalter stark gestiegen ist.

Die Dienstleistungen und Angebote im geplanten Quartierdienstleistungszentrum Künzle-Heim sollen Betagte in ihrer Eigenständigkeit noch stärker unterstützen. In Zukunft werden die bereits heute ambulant tätigen Organisationen wie zum Beispiel Pro Senectute, Rotes Kreuz, Nachbarschaftshilfe ihre Dienstleistungen "vor Ort" anbieten. Zielsetzung dabei ist, das Altern in der gewohnten Umgebung bei grösstmöglicher Selbständigkeit zu unterstützen und zu erhalten.

Präventive Massnahmen müssen in Zukunft jedoch weiter ausgebaut werden. Hier sind Stadt und Kanton gemeinsam gefordert. Mögliche Massnahmen können freiwillige präventive Hausbesuche und der Ausbau der Gemeinwesenarbeit im Altersbereich sein.

Aktuelles Angebot von Ausbildungsplätzen für Pflegeberufe:

Der schon seit längerer Zeit hohe Anteil der betagten Bevölkerung in Schaffhausen bewirkte, dass wir bereits heute über ein gut ausgebautes stationäres Angebot in der Langzeitpflege verfügen. Ein Ausbau des stationären Bettenangebotes ist in absehbarer Zeit nicht nötig, ein Anstieg in der spitalexternen Betreuung ist jedoch zu erwarten. Begünstigt wird dieser Anstieg des Pflegebedarfs im ambulanten Bereich durch die früheren Spitalentlassungen. Zielsetzung der Spitäler Schaffhausen ist es, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kontinuierlich zu senken.

Die Reduktion der Aufenthaltsdauer im Spital um einen Tag würde bei gleich bleibender Pflegeintensität ein Stellenabbau von ca. 35 Stellen in der Pflege mit sich bringen. Dieses Fachpersonal könnte theoretisch in der Langzeitpflege eingesetzt werden. Angesichts der Personalknappheit im Akutspital ist dieses Szenarium eher unwahrscheinlich, insbesondere deshalb, da die Akut- und Langzeitpflege zwei unterschiedliche Fachbereiche sind.

Mit der Ausbildung "Fachangestellte Gesundheit" (FAGE) wurde im Pflegebereich eine neue Ausbildung geschaffen. Die Ausbildung FAGE kann direkt, anschliessend an die abgeschlossene Schulausbildung, begonnen werden. Da diese Ausbildung erst seit ein paar Jahren angeboten wird, ist heute schwer einschätzbar, wie hoch der Anteil der ausgebildeten FAGE sein wird, die ihren Beruf nach Ausbildungsabschluss weiter ausüben und wie hoch der Anteil der Personen ist, die sich weiterbilden werden. Im FAGE-Bereich ist die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gut. Derzeit hat die Schule jedoch im Bereich der diplomierten Pflegefachfrau (höhere Fachschule) grosse Mühe, ihre Klassen zu füllen. Im Jahr 2008 umfasste diese in Schaffhausen gerade einmal 8 Auszubildende.

Der Bedarf an Auszubildenden wird heute wie folgt quantifiziert:

- Pflegefachfrau (HF) 20 Auszubildende

- Fachangestellte/-r Gesundheit (FaGe) 30 Auszubildende

Handlungsbedarf:

Dass die Rekrutierung von Pflegepersonal in Zukunft noch schwieriger sein wird, kann aus Sicht des Stadtrates nur bestätigt werden. Bereits heute rekrutieren Betriebe im Raum Zürich wieder vermehrt Pflegepersonal aus den osteuropäischen Ländern oder auch aus Brasilien.

Im Bereich FAGE müssen zunächst praktische Erfahrungen abgewartet und analysiert werden. In der Höheren Fachausbildung zeichnet sich aber ein deutlicher Handlungsbedarf ab. Der tiefe Ausbildungslohn hält viele zwanzig- bis dreissigjährige davon ab, wieder in eine Ausbildung einzusteigen. Für ältere Wiedereinsteigerinnen, die allenfalls eine Ausbildung auch im Langzeitbereich machen würden, ist der tiefe Ausbildungslohn ein noch grösseres Problem.

Diese Problemstellung ist erkannt und wird mit dem Kanton diskutiert. Aktuell ist die Einleitung einer Werbekampagne für die Gewinnung von neuen Auszubildenden/Studierenden geplant.

Handlungsspielraum der Stadt Schaffhausen:

Bisher bietet die Stadt Schaffhausen keine Ausbildungsplätze für die Höhere Fachausbildung an. Begründet wird dies mit dem sehr hohen Anteil an einfacher Pflege in den Heimen. Im Spitex-Bereich sind, mitbedingt durch den Anteil der jüngeren Klienten, jedoch vermehrt komplexe Pflegesituationen zu betreuen.

Im ersten geplanten Quartierdienstleistungszentrum werden neben dem stationären Angebot auch Dienstleistungen im ambulanten Bereich angeboten. Hier wird ein Ausbildungsangebot in einer Verbundlösung, mit ergänzenden Praktika im Spital und in der Psychiatrie, geprüft.

Beantwortung der Fragen der Interpellantin:

Frage 1

Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat auf den erhöhten Pflegebedarf reagieren?

Durch den bereits heute hohen Anteil der betagten Bevölkerung rechnen wir nicht mit einer analogen Zunahme des Pflegebedarfes im Langzeitbereich wie ihn OBSAN für die ganze Schweiz prognostiziert hat.

Um dem Ist-Bedarf entsprechen zu können, müssen jedoch Massnahmen ergriffen werden. Die Neuausrichtung in der Altersbetreuung soll unter Zusammenführung der stationären Betreuung in den Heimen mit dem ambulanten Angebot von Spitex den Bettenbedarf im stationären Bereich tief halten. Bereits heute liegt das Eintrittsalter in ein Heim bei durchschnittlich 86 Jahren. Die Aufenthaltsdauer hat sich stark verkürzt und liegt durchschnittlich bei ca. 4-5 Jahren. Bei Eintritt in die Pflegeabteilung ist sie noch kürzer. Vor diesem Hintergrund erachtet der Stadtrat einen Ausbau des Ausbildungsangebotes im Bereich der Quartierdienstleistungszentren als sinnvoll. Ergänzende präventive Massnahmen werden geprüft. Diese liegen jedoch nur teilweise im Kompetenzbereich des Stadtrates. In der Vorlage an den Grossen Stadtrat zur Weiterentwicklung der Altersbetreuung wurde bereits auf den Ausbaubedarf in der Gemeinwesenarbeit hingewiesen.

Frage 2

Mit wie vielen zusätzlichen Stellen von ausgebildeten Fachkräften im Gesundheits-

und Pflegebereich rechnet der Stadtrat, um auf den erhöhten Pflegebedarf zu reagieren?

Wie in Frage 1 erläutert gehen wir nicht von einer starken Zunahme des Bettenbedarfs im stationären Bereich aus.

Die Verkürzung der Aufenthaltsdauer im Spital wird jedoch einen erhöhten Bedarf an spitalexternen Dienstleistungen mit sich bringen. Eine Verkürzung des Spitalaufenthaltes um einen Tag bringt im Spital einen Abbau von 35 Stellen im Pflegebereich mit sich. Es ist denkbar, jedoch eher unwahrscheinlich, dass sich diese Pflegekräfte eine Anstellung in der Langzeitpflege suchen werden.

Heute gehen wir davon aus, dass der Ist-Zustand im Ausbildungsbereich der stationären Angebote auch der Soll-Zustand sein wird. Diese Annahme und auch die Aussagen und Vorschläge zu Massnahmen, wie die Förderung einer längeren Ausübung der Berufstätigkeit sowie die Unterstützung der beruflichen Wiedereingliederung, werden Ende 2009, wenn die detaillierteren Angaben zum Bericht der OBSAN vorliegen, überprüft. Handlungsbedarf sieht der Stadtrat derzeit primär im Bereich der ambulanten Pflege. Eine exakte Bezifferung neu zu schaffender Stellen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht seriös machbar, hingegen können mit den im Folgenden geschilderten Massnahmen die Voraussetzungen für einen bedarfsgerechten Ausbau aufgezeigt werden.

Frage 3

Damit ein Teil des zukünftigen Personalbedarfs aufgefangen werden kann, sind zusätzliche Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit und Dipl. Pflegefachpersonen anzubieten. Wie schätzt der Stadtrat diese Situation ein?

Die Entwicklungen in der Ausbildung für Fachangestellte Gesundheit kann heute nicht verlässlich eingeschätzt werden. Bei dieser neuen Ausbildung müssen zuerst die Entwicklungen in der Praxis abgewartet werden. Fragestellungen, die es zu beobachten gilt, sind:

- Wie viele der ausgebildeten Fachangestellten Gesundheit bleiben nach zwei Berufsjahren weiterhin als Fachangestellte Gesundheit tätig? (Schätzung 40%)
- Wie viele der ausgebildeten Fachangestellten Gesundheit werden sich nach zwei Berufsjahren zu einer diplomierten Pflegefachperson ausbilden lassen? (Schätzung 10%)
- Wie viele Schulabgänger können in den nächsten Jahren für eine Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit gewonnen werden? (Schätzung 20 – 30 pro Jahr)

Bereits heute zeichnet sich aber ein starker Handlungsbedarf beim diplomierten Pflegefachpersonal ab. Hier gilt es Lösungen für folgende Problemstellungen zu erarbeiten:

- Nach einer abgeschlossenen Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit liegt der Verdienst bei rund Fr. 4'000.--. Will sich eine Fachangestellte Gesundheit nach zwei Berufsjahren zur diplomierten Pflegefachfrau ausbilden lassen, hat sie im 1. Lehrjahr einen Monatslohn von Fr. 1'350.00, im 2. Lehrjahr Fr. 1'500.-- und im 3. Lehrjahr Fr. 1'650.--. Mit einer besseren Entlohnung können hier sicher Anreize geschaffen werden.
- In der Regel zieht es junges Pflegepersonal in den dynamischen Betrieb

eines Spitals. Ältere Wiedereinsteigerinnen können sich eher eine Arbeit im Langzeitbereich vorstellen und sind auf Grund ihrer Lebenserfahrung auch sehr befähigt dafür. Wollen sich diese Mitte 40-jährigen zur diplomierten Pflegefachfrau ausbilden lassen, ist der tiefe Lohn manchmal eine unüberwindbare Hürde, da sie damit ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können. Hier ist eine Erfahrungszulage im Rahmen von zusätzlichen Fr. 1'000.-- bis 1'500.-- pro Monat empfehlenswert.

- Zu diskutieren wäre auch, für Wiedereinsteigerinnen, den Lohn während der Ausbildungszeit in der Höhe des Mindestlohnes festzusetzen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund empfiehlt einen Mindestlohn von Fr. 3'500.--. Dies gilt als das Existenzminimum für eine alleinerziehende Person mit einem Kind. Dies würde dann eine Erfahrungszulage von zusätzlichen Fr. 1'900.-- bis Fr. 2'200.-- pro Monat nach sich ziehen.

Die Stadt Schaffhausen beabsichtigt, im ersten Quartierdienstleistungszentrum, im Verbund mit Spitex und den Spitälern Schaffhausen, einen Versuch zur Ausbildung von diplomiertem Pflegefachpersonal zu machen. Dies ist mit entsprechenden Kosten verbunden, die vom Grossen Stadtrat bewilligt werden müssen. Die detaillierten Zahlen finden Sie ebenfalls in Ihren Unterlagen.

Frage 4

Die Lernbegleitung der Auszubildenden ist zeitintensiv, entsprechend den Ausbildungsplätzen müssen genügend Stellen für die Lernbegleitung bereitgestellt werden. Wie sieht die entsprechende Planung aus?

Wie im Papier erwähnt muss die Lernbegleitung durch eine diplomierte Pflegefachperson sichergestellt werden. Diese muss über die entsprechende Weiterbildung verfügen, zu mindestens 60% im Betrieb arbeiten und rund 15% für die Lernbegleitung einer Lernenden aufwenden. Entschliesst sich die Stadt, Ausbildungsplätze für diplomiertes Pflegefachpersonal anzubieten, müssen die entsprechenden Stellenprozente finanziert werden. Die Kostenfolgen finden Sie in Ihren Unterlagen.

Kosten der betrieblichen Auszubildnerin:

Die Lernende muss im Lehrbetrieb von einer ausgebildeten diplomierten (DN II) Fachfrau begleitet werden. Diese muss mindestens zu 60% im Lehrbetrieb tätig sein. Sie wendet rund 15% eines Vollpensums für die Ausbildung einer Lernenden auf. Neben der Grundausbildung muss sie eine spezifische Weiterbildung besucht haben. Über einen Zeitraum von drei Ausbildungsjahren muss mit Lohnkosten von ungefähr Fr. 38'000.-- pro Auszubildnerin gerechnet werden.

Frage 5

Mit welchem finanziellen Mehraufwand rechnet der Stadtrat in den kommenden 5 bis 10 Jahren?

Unterstützt der Grosse Stadtrat den Vorschlag zur Ausbildung von vorerst drei Personen zu diplomiertem Pflegefachpersonal, bedeutet dies in einem ersten Schritt über die gesamte Dauer der Lehren Mehrkosten von rund Fr. 350'000.--. Dieser Betrag mag hoch erscheinen; es muss aber berücksichtigt werden, dass die Auszubildenden mit zunehmender Ausbildungsdauer „produktive“ Arbeit leisten und dadurch teilweise ausgebildetes, voll entlohntes Personal ersetzen können. Sind die Erfahrungen mit der Ausbildung von diplomiertem Pflegefachpersonal positiv, können in den geplanten weiteren drei Quartierdienstleistungszentren ebenfalls je drei Ausbildungsplätze mit der entsprechenden Kostenfolge aufgebaut und angeboten

werden.

Wie eingangs erwähnt, wird der Stadtrat den für das Jahresende erwarteten Bericht der Gesundheitsdirektorenkonferenz, welcher Aussagen über den zu erwartenden Ausbildungsbedarf enthalten wird, abwarten und dem Grossen Stadtrat eine allenfalls notwendige Vorlage zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen unterbreiten. “

Ernst Spengler (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Dass aufgrund der demographischen Entwicklung ein zunehmender Personalbedarf im Spitex- und Heimbereich entsteht, ist sicher allen klar. Mit den neuen Strukturen (Vernetzung von Spitex und Spitin) kann der Mehrbedarf sicher etwas gemildert werden. Auch zeigt eine neuere Studie, dass die beschwerdefreien Jahre zunehmen.

Es ist richtig, dass man sich den auf uns zukommenden Herausforderungen stellt und handelt. Allein mit dem Rechenschieber ist das nicht zu lösen, sind doch Prognosen laufend Veränderungen unterworfen. Blinder Aktivismus ist fehl am Platz. Die örtlichen Entwicklungen sind aufmerksam zu verfolgen und zu beobachten. Klar, und das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, es braucht nicht nur Leute mit Kopf, sondern vor allem solche mit Herz und Händen, denn das sind diejenigen, die einen ausschlaggebenden Beitrag zu Lebensqualität der zu betreuenden Betagten leisten. Einfühlungsvermögen, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit sind Charaktereigenschaften, die man sich weder mit Ein- noch Ausbildung aneignen kann. “

Erwin Sutter (EDU)

Votum

”Ein Blick in die Pflegeheime zeigt, das für die Betreuung von Behinderten praktisch nur noch spezialisierte Fachangestellte oder diplomierte Pflegefachpersonen angestellt sind. Ein grosser Teil der neu Eingestellten sind deutscher Nationalität. Fast kaum mehr sind Frauen anzutreffen, die als Quereinsteigerinnen nach einer längeren Phase der Kindererziehung ihren ursprünglichen Beruf aufgegeben haben und in dieser Zeit die höhere Fachausbildung zur Hausfrau genossen haben.

Gerade solche Frauen bringen – sofern es sich nicht um medizinische Aufgaben handelt – ein hohes Mass an natürlichen Kompetenzen im Pflege- und Betreuungsbereich mit. Solche Frauen sind nach wie vor in grösserer Zahl vorhanden, und viele von ihnen würden ohne weiteres nach entsprechender Aus- oder Weiterbildung zur Verfügung stehen. Sie werden aber wegen künstlich geschaffener hoher Ansprüche in den Heimen von der Selektion ausgeschlossen. Solche Frauen sind in den meisten Fällen hoch motiviert und wären erst noch wesentlich günstiger. Ich beziehe mich hier speziell auf Frauen, die während vieler Jahre ihre Erziehungsarbeit mit den Kindern wahrgenommen haben. Nicht jeder Handgriff muss von einer Person mit Fachhochschulabschluss getätigt werden.

Ich schlage vor, die Anstellungspraxis in den Heimen zu hinterfragen und wenn von Ausbildungsplätzen hier die Rede ist, so sollten diese gerade auch für Frauen, die einen Wiedereinstieg suchen, zur Verfügung gestellt werden. Damit soll nichts gegen die Ausbildung von Frauen im Pflegefachbereich gesagt werden, diese braucht es zweifellos - aber nicht nur. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)**Votum**

”Ernst Spengler hat mich mit seinem Stichwort “blinder Aktivismus” aus dem Busch geklopft. Ich glaube, man muss nicht blind sein und auch wenn man keinen Rechenschieber, sondern nur die eigenen Finger gebraucht, ist es einfach festzustellen, dass der Pflegebedarf stark steigen wird. Ich befasse mich beruflich intensiv mit Gesundheitsfragen, und die Situation an den Spitälern wird in wenigen Jahren so sein, dass es - überspitzt gesagt - zu “blutigen Entlassungen” kommen wird, weil die Spitäler wegen der “Diagnosis Related Groups” (Kosten für diagnosebedingte Fallgruppen) unter enormem Spardruck stehen. Spardruck im Gesundheitswesen verursacht immer Katastrophen - und auch hier ist diese Katastrophe leider schon heute voraussehbar.“

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

”Ich möchte noch etwas ergänzen, das hier nicht zur Sprache gekommen ist. Es erscheint mir wichtig, sich bewusst zu sein, dass es auch ausserhalb der Institutionen stützende Systeme gibt, beispielsweise die Apotheken und viele andere therapeutische Anbieter. Gerade den Apotheken kommt eine zunehmende stärkere Rolle in der Beratung zu, die sich in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Wenn wir präventiv tätig sein wollen, müssen wir auch auf solche Systeme zurückgreifen wollen. Ich erwähne dies im Hinblick auf die Diskussion, die in absehbarer Zukunft über die Rolle der Apotheken geführt werden wird - und wir müssen uns dessen bewusst sein.

Abschliessend möchte ich hinzufügen, dass das Kantonale Geriatriezentrum in der Form, wie es jahrelang auf dem Geissberg in seinen Räumen funktionierte, heute nicht mehr existiert. Natürlich, die Räume sind noch da, und ich zweifle nicht daran, dass PatientInnen nicht gut, sorgfältig und liebevoll behandelt werden. Trotzdem fehlt das Herzstück, man hat leider vor etwas mehr wie einem Jahr die Rehabilitationsabteilung herausgelöst und ins Kantonsspital integriert. Das ist rein funktional gesehen denkbar, aber es gab in diesem Geriatriezentrum eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen, die alle an der Rehabilitation arbeiteten und ein hervorragendes Konzept entwickelt hatten, und dieses ist heute torpediert. Im gleichen Zug hat Schaffhausen auch federführende Fachleute verloren, die an dieser sehr interessanten Entwicklung beteiligt waren.“

Simon Stocker (AL)**Votum**

”Ich bin beruflich bei der Pro Senectute Kanton Zürich tätig und beinahe täglich mit den Themen der Interpellantin konfrontiert. Ich berate Gemeinden in Fragen der Alterspolitik und bin selbst in verschiedenen Projekten involviert. Es wurde im Verlauf der Diskussion angetönt, das Problem sei ja gar nicht so gross - ich bin hier anderer Meinung.

Wir werden in den nächsten Jahren eine massive Versorgungslücke beim Pflegepersonal haben. Die erst kürzlich veröffentlichte Careum-Studie zeigt dafür vor allem drei Gründe auf, welche zu dieser Versorgungslücke führen.

1. Die Pensionierungsrate liegt heute bei ungefähr 1%. Besonders im Langzeitpflegebereich, also im Heim oder bei der Spitex, ist das Pflegepersonal durchschnittlich älter, im Gegensatz zum Spital, das über ein relativ junges Personal verfügt. Die Pensionierungsrate wird bis zum Jahr 2030 auf 2% ansteigen. Die Spitex und die Heime sind deshalb von der

Pensionierungswelle besonders stark betroffen.

2. Gerade im Gesundheitsbereich hat es überdurchschnittlich viele Berufsaussteigerinnen. Dies wurde ebenfalls bereits angesprochen. Nebst den natürlichen Abgängen muss deshalb zusätzliches Personal rekrutiert werden. Die verfügbaren Daten erlauben es jedoch nicht, diesen zusätzlichen Bedarf in Zahlen zu fassen. Der Ausstieg aus dem Beruf könnte demnach in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Faktisch jedoch wird es auf dem Arbeitsmarkt zu einer verstärkten Konkurrenz zwischen allen Branchen und Sektoren führen, um das qualifizierte Personal zu halten. Die Konkurrenz betrifft auch die Ausbildungen im Gesundheitsbereich. Bis 2030 wird die Anzahl der Personen zwischen 18 und 20 Jahren - also die Jahrgänge im Berufseintrittsalter - pro Jahr regelmässig 1% bis 2% abnehmen, was zur Folge hat, dass sich dieser Bestand im Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 2008 um 25'000 Personen verringern wird. Die Institutionen im Gesundheitswesen müssen deshalb besonders innovativ sein, um als Berufsgruppe weiterhin attraktiv zu bleiben.
3. Ein mittleres konservatives Szenario der Bevölkerungsentwicklung bis 2030 sieht eine Erhöhung der über 65-Jährigen um 800'000 Personen. Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich verdoppeln. Diese Erhöhung ist das Ergebnis einer höheren Lebenserwartung sowie das Erreichen des Pensionsalters der Babyboomer, der geburtenstarken Jahrgängen der Nachkriegszeit.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die älter werdende Bevölkerung und die Alterung des Gesundheitspersonals einen starken Bedarf an qualifiziertem Personal erzeugen. Bis zum Jahr 2030 müssen zwischen 120'000 und 190'000 Fachpersonen rekrutiert werden. Zwei Drittel davon sind notwendig, um das Personal zu ersetzen, ein Drittel muss den gestiegenen Bedarf an Pflege und Versorgungsleistungen abdecken.

Die Frage stellt sich nun: Was kann die Stadt dagegen unternehmen?

Die demographische Veränderung führt nicht nur dazu, dass es vermehrt pflegebedürftige Senioren gibt. Es wird in Zukunft auch vermehrt Senioren bei bester Gesundheit geben, die grosse Sozial- und Fachkompetenz mit sich bringen. Es gilt deshalb, diese Zielgruppe in die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit einzubinden, beziehungsweise in diesem Bereich Strukturen für ein solches Engagement zu schaffen. Organisierte Freiwilligenarbeit, Besuchsdienste, Hospitz-Gruppen oder andere ambulante Dienste sind mögliche Einsatzgebiete. Im Vordergrund steht dabei der regelmässige soziale Kontakt und die Absicht, Senioren möglichst lange ihre Unabhängigkeit zu lassen und die Möglichkeit zu bieten, in ihren eigenen vier Wänden zu wohnen. Der Zürcher Gesundheitsbericht 2008 hat gezeigt, dass regelmässiger sozialer Kontakt durch Freiwillige pflegerische Massnahmen hinauszögert.

Bereits heute gibt es in zahlreichen Kantonen und Gemeinden innovative Verfahren der Gesundheitsförderung, die nachweisbar zur Kostensenkung beitragen. Auch das hat SR Urs Hunziker bereits angesprochen. Beispielsweise das Gesundheitsprofilverfahren oder präventive Hausbesuche sind zwei Massnahmen, die evidenzbasiert sind und helfen, die Gesundheit der Senioren zu fördern und wo nötig, entsprechende Angebotslücken zu schliessen.

Ein mögliches Modell wäre auch ein Zeitgutschriftensystem wie es in St. Gallen und anderen Orten momentan ausprobiert wird. Die Idee dabei ist, dass jüngere Seniorinnen Arbeitseinsätze im leichten pflegerischen Bereich leisten (dies wurde von Erwin Sutter aufgeführt), welche sie zu einem späteren Zeitpunkt selbst in Anspruch nehmen können. Ich empfehle deshalb dem Stadtrat, in diesem Bereich Innovation zu zeigen und bereits bestehende Modelle auch für die Stadt Schaffhausen nutzbar zu machen.

Senioren wollen möglichst lange zuhause bleiben. Die Stadt sollte deshalb Projekte fördern, welche hindernisfreies Wohnen anstreben. Es gibt zudem in diesem Bereich innovative Ansätze, die beispielsweise das generationenübergreifende Zusammenleben fördern. Hierbei wird die gegenseitige Unterstützung angestrebt, eine Art Nachbarschaftshilfe, welche den Einsatz von Freiwilligenarbeit fördert und wiederum professionelle Hilfe hinauszögert. Auch Wohnformen mit integrierten ambulanten Dienstleistungen oder Alterswohngemeinschaften sind Möglichkeiten. Es wird deshalb in Zukunft vor allem darum gehen, Angehörigen Unterstützungs-, Entlastungs- und Informationsangebote anzubieten.

Die Stadt Schaffhausen muss als Arbeitgeber attraktiver werden, SR Urs Hunziker hat dies angesprochen. Der Pflegeberuf ist ein harter Beruf und finanziell nicht einfach; hier könnte sich die Stadt für die Anpassung der Löhne im Pflegebereich nach oben einsetzen, flexible Arbeitsmodelle anbieten und damit die Zufriedenheit und Berufsverweildauer der Mitarbeitenden im Pflegebereich erhöhen.

Fazit: Wenn ältere Menschen später hilfs- und pflegebedürftig werden, erhöht sich der Pflegebedarf langsamer als die lineare demographische Fortschreibung aktueller Pflegebedürftigkeitsquoten erwarten lässt. Trotz allem wird es im Pflegebereich zu einem Personalzuwachs kommen. Hier gilt es, sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren.

Ziel aller Überlegungen muss es jedoch sein, dass Senioren möglichst lange selbstständig bleiben können und das Angehörigen- und Freiwilligensystem zu stärken.“

Kurt Zubler (SP)

Votum

„Ich möchte den fachkompetenten Ausführungen von Simon Stocker nichts Fachliches hinzufügen. Was Ernst Spengler bezüglich Hand und Herz gesagt hat, stimmt natürlich, aber das reicht nicht aus. Gerade in der Spitex - wenn jemand zum Beispiel zu Hause lebt, eine Wunde zu pflegen hat oder komplexe Medikamente einnehmen muss - braucht es auch fachliche Kompetenz. Deshalb ist die Fragestellung von Lotti Winzeler nicht Aktivismus, sondern sie nimmt zum richtigen Zeitpunkt ein Problem auf, ohne eine sofortige Stellenvermehrung zu verlangen. Die Interpellantin erkundigt sich nach der Ausbildung für die Zukunft. Das ist eine sehr kluge und wesentliche Frage.“

Ich bin froh, dass SR Urs Hunziker differenziert Stellung genommen hat und die Problematik beobachtet. Ich möchte die Stadt bei ihrem Ansatz unbedingt unterstützen, denn der von SR Urs Hunziker vorgestellte Zeitplan und die daraus resultierenden Kosten sind eine wichtige Richtungsweisung. Wir müssen die nötigen Mittel sprechen und den Stadtrat in seinen Bestrebungen unterstützen.“

SR Urs Hunziker**Votum**

„Ich möchte zu einigen Voten Stellung nehmen. Ernst Spengler kann ich versichern, dass wir nicht in einen blinden Aktivismus verfallen werden, sondern bedarfsgerecht auf die jeweilige Situation reagieren müssen. Getroffen hat mich die Aussage von Erwin Sutter, wonach für Wiedereinsteigerinnen zu hohe Hürden angesetzt würden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir an den städtischen Heimen diverse Wiedereinsteigerinnen haben, die nach der Kinderpause eine Ausbildung zur Betagtenbetreuerin gemacht haben - eine Ausbildung, die ausserhalb der bereits geschilderten möglich ist. Das Erstaunliche für mich ist, dass wir zurzeit absolut keinen Personalbedarf haben. Wir sind im Moment am Stellen abbauen, das heisst Vakanzen werden teilweise nicht mehr besetzt. Diese Entwicklung bedeutet für uns eine schwierige Problematik: Einerseits geht Know how verloren, andererseits kann es durchaus sein, dass wir diese Personen unter Umständen in 2-3 Jahren wieder in der Pflege benötigen. Trotzdem können wir keine Stellen besetzen, ohne dass diese nötig wären. Zu den Wiedereinsteigerinnen kann ich hinzufügen, dass die Lohnfrage sehr oft das entscheidende Kriterium für eine Nichteinstellung ist.

Iren Eichenberger hat über weitere stützende Systeme gesprochen. Da gebe ich ihr absolut Recht; dies kann nicht oft genug auch beim Kanton eingebracht werden, vor allem die Frage nach den Apotheken. Ich hatte gerade kürzlich die Gelegenheit, eine Apotheke zur Erstversorgung in Anspruch zu nehmen. Die Verlagerung der Rehabilitation vom Pflegezentrum ins Kantonsspital bedaure ich sehr; für mich war das Pflegezentrum in seiner früheren Form - wie von Iren Eichenberger geschildert - eine ausgezeichnete Institution. Ich hoffe, dass sie nicht allzu sehr an Bedeutung verliert, wir brauchen sie nach wie vor.

Simon Stocker möchte ich nicht den Eindruck hinterlassen, dass wir die Situation in irgendeiner Weise herunterspielen. Wir sagen lediglich, dass es in der Schweiz Kantone geben wird, wo sich der Mangel an Pflegepersonal stärker als in Schaffhausen auswirken wird, weil wir bereits jetzt einen hohen Stand an Pflegepersonal haben. Zahlenbeispiel: In den städtischen Altersheimen und den beiden privaten haben wir für ungefähr 30% der über 80-/85-Jährigen Platz. Andere Gemeinden ausserhalb des Kantons haben Bettenplätze für rund 22-23% (Basel Stadt) der über 80-/85-Jährigen. Dies wird sich im Verlauf der Jahre vermutlich angleichen. Wichtig dabei ist der Ausbau der Spitex und vor allem die Ausbildung der Pflegenden im Spitex-Bereich.

Zu den innovativen Ansätzen: Wir sind laufend daran, solche zu überprüfen und einzuführen. Dazu gehören einige von Simon Stocker erwähnte Ansätze. Seit ungefähr einem Jahr bieten wir zum Beispiel Tagesplätze für Demenzkranke im Altersheim Steig an und möchten damit die Entlastung von pflegenden Angehörigen fördern.“

Christoph Lenz (AL)**Votum**

„Zwei Äusserungen haben mich ans Rednerpult gelockt. Das Votum von Erwin Sutter ist so übergekommen, wie wenn nur noch deutsche Pflegenden und keine Hausfrauen mehr im Einsatz seien. Ich finde es unpassend, dass - wenn sich schon jemand erbarmt, einem einen Katheter zu setzen - man sich noch über dessen Nationalität auslässt, umso mehr im Wissen, dass die demographische Entwicklung nur durch eine Zuwanderung abgefedert werden kann und der wir - sofern wir nüchternen Sinnes sind - in diesem Rat zustimmen müssten.

Ich war schockiert über die Löhne, die bezahlt werden, obwohl jemand schon eine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Mit Fr. 1'500.-- im ersten Lehrjahr macht man tatsächlich keine grossen Sprünge. Ich unterstütze den Stadtrat sehr, wenn er diese Löhne auf das Minimum des Gewerkschaftsbundes anhebt und freue mich sehr über dieses Vorhaben. "

Lotti Winzeler (OeBS)**Schlusswort**

"Ich danke dem Stadtrat, der grossmehrheitlich eine befriedigende Antwort auf meine Interpellation gegeben hat und bemerkt hat, dass in Zukunft in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Zur Aussage, dass kaum verlässliche Prognosen vorhanden sind: Mit den zwei neusten Studien und dem vertieften Bericht von OBSAN existieren verlässliche Dokumente. Wir dürfen einfach nicht verniedlichen, was auf uns zukommen wird, und es muss sehr ernst genommen werden.

Der Pflegebedarf in den Altersheimen bedarf zurzeit wirklich keines Ausbaus und auch in Zukunft nicht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass ich vor 5-6 Jahren sehr vehement beim Neubau des Altersheims Schönbühl intervenierte. Man hat damals einen Kredit von Fr. 5 Mio. gesprochen ohne ein Konzept zu haben. Im Moment sind wir mit der Anzahl Pflegebetten in der ganzen Schweiz an der Spitze, jedoch eher am unteren Rand bezüglich Spitex. Mit der Anzahl Pflegebetten können wir den Spitexbedarf steuern; wenn wir ein gutes Angebot haben, können wir die stationären Betten reduzieren oder deren Ausbau drastisch einschränken.

Die von SR Urs Hunziker gemachte Aussage betreffend Gemeindewesenarbeit hat mir sehr gut gefallen. Simon Stocker hat bereits ausführlich darüber berichtet. Ich denke, er wäre für die Stadt Schaffhausen ein guter Gemeindewesenarbeiter. Zur Einschätzung mit den Fachangestellten Gesundheit: Zurzeit ist der Bedarf nicht sehr hoch, es wird laufend ausgebildet. Der Bereich der höheren Fachausbildung ist sehr wichtig, und wir müssen die allenfalls uns dann präsentierte Vorlage zur Ausbildung von diplomiertem Pflegepersonal unterstützen.

Ich finde es wichtig, dass wir die angelernten Pflegehilfen und die Profis nicht gegeneinander ausspielen. Es braucht alle Kräfte. Ich kann den Aussagen von Erwin Sutter bis zu einem gewissen Grad folgen, wenn Wiedereinsteigerinnen oder Hausfrauen, die sich während vieler Jahre um die Erziehung ihrer Kinder gekümmert haben, erneut in die Berufswelt einsteigen wollen, aber dann Schwierigkeiten haben, eine Anstellung zu finden. Die Auflagen sind sehr hoch, und zwar aus unterschiedlichen Gründen, zum Beispiel wegen der Vorschriften des KVG. Es ist eigentlich nicht die Stadt, sondern es geht darum, wer welche pflegerischen Massnahmen ausführen darf. Es stellt sich wirklich die Frage, wie lange wir uns dies noch leisten können; vermutlich wird der Markt dies bestimmen.

Die Empfehlung von Christoph Lenz, die Löhne entsprechend anzuheben, damit sich vermehrt Interessierte ausbilden lassen, finde ich sehr gut. Diese Frauen im mittleren Alter sind sehr wertvolle Pflegekräfte, die vor allem sehr viel aushalten können und in der Regel sehr lange in einer Institution bleiben.

Zu Ernst Spengler möchte ich einfach sagen, es geht überhaupt nicht um blinden Aktivismus. Ich finde, wir müssen das Thema ernst nehmen, und ich hoffe, dass er es nicht so gemeint hat, wie er es gesagt hat. Wenn wir hören, dass pro Jahr 8 Pflegenden ihre Ausbildung mit einem Diplom abschliessen, wissen wir, wohin wir rennen.

Ich finde es toll, dass wir so alt werden - das wollen wir ja alle auch. Das Alter ist die jüngste Generation, die wir kennen, und eigentlich wissen wir darüber noch nicht sehr viel. Daher habe ich die Feuchttüechli verteilen lassen, ich schliesse mit dem darauf notierten Spruch: *Altwerden ist immer noch die einzige Möglichkeit, lange zu leben.* “

SCHLUSSWORT

Es sind keine neuen Geschäfte eingegangen. Die nächste Ratssitzung findet in den Hallen für Neue Kunst statt.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 20:46 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 10.09.09